bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 19 | 11. September 2008

Rechte Szene 2

Erbitterter Machtkampf
Der NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt steht in einer Zerreißprobe.

Resozialisierung
Die NPD spannt in Brandenburg nun doch Neonazis und Gewalttäter ein.

Braunes Netzwerk
Schlag gegen die international agierende Neonazi-Musikszene.

„Volk und Vaterland“
Die NPD will das Potenzial der russlanddeutschen „Brüder und Schwestern“ für sich erschließen.

Seitenblick 6

Warmer Geldregen
In Nordrhein-Westfalen werden die extrem rechten kommunalen Volksvertreter finanziell üppig ausgestattet.

Zunehmend Brutalisierung
Die Spirale rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt dreht sich weiter.

Sekten 8

Gehirnwäsche
Prominente Ex-Scientologen packen aus.

Rezension 9

„Anwälte des Volkes“
Eine „Bürgerbewegung“ als neue rechtspopulistische Partei – das Modell „pro“-Köln soll bundesweit exportiert werden.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Expansionslüstern
Mit dem „Münchener Abkommen“ vor 70 Jahren wollten europäische Großmächte Hitler entgegenkommen, um den Krieg noch zu verhindern.

„In Arsen getauchter Pinsel“
Bilder gegen Nationalsozialismus und Terror: Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigt Arthur Szyk.

Meldungen 12

Rechte Szene

Erbitterter Machtkampf

Der NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt steht in einer Zerreißprobe.

Personell und strukturell ist die Spaltung schon offensichtlich, was am 8. September zum Rücktritt von sechs der acht Mitglieder des NPD-Landesvorstandes in Sachsen-Anhalt geführt hat, darunter die Landesvorsitzende Carola Holz sowie ihre beiden Stellvertreter Jens Bauer und Judith Rothe. Lediglich der Landesvize und erst kürzlich auf Druck der Vorstandsmehrheit vom Amt des Landesgeschäftsführers zurückgetretene Matthias Heyder und der Beisitzer Rolf Dietrich verblieben in ihren Ämtern. Damit eskalierte ein Richtungsstreit innerhalb der Landespartei, der sich bereits seit längerem andeutete.

Die zurückgetretenen Mitglieder des Landesvorstandes gehören zum radikalen, in eigener Lesart: revolutionären Flügel der NPD und werfen ihren parteiinternen Gegnern Reformismus, Liberalismus sowie Postenschacher im parlamentarischen System vor. Als Führungsfiguren dieses Flügels gilt neben Heyder der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Philipp Valenta. Hinter sich haben sie unter anderem den JN-Bundeschef Michael Schäfer, Matthias Gärtner aus dem JN-Bundesvorstand sowie den Ex-NPD-Landesvorsitzenden Andreas Karl geschart. Diese Gruppe hat, so der Vorwurf der Radikalen, am 20. Juli am Sitz der JN-Bundesgeschäftsstelle in Bernburg, bei einem konspirativen Treffen eine Neubesetzung des erst im vergangenen Jahr nach parteiinternen Richtungsstreitigkeiten gewählten Landesvorstandes diskutiert. Seinerzeit hatte Carola Holz den für NPD-Verhältnisse als „gemäßigt" geltenden NPD-Landeschef Karl im Amt beerbt.

Schon unmittelbar nach der zurück liegenden Vorstandswahl verweigerten die NPD-Kreisverbände Burgenlandkreis, Saalekreis, Salzland und Harz eine Zusammenarbeit mit der radikalen Mehrheit im neuen Landesvorstand. Auch der kraft Satzung in den Vorstand kooptierte Valenta entwickelte wenig Interesse zur Zusammenarbeit. Seit der Vorstandswahl, so beklagen die Radikalen, hat er nicht an einer einzigen Sitzung des NPD-Landesvorstandes teilgenommen.

Die schon länger andauernden Spannungen kulminierten zunächst im Kreisverband Magdeburg, der derzeit offenbar in doppelter Struktur besteht. Zum einen in der bisherigen organisatorischen Zusammensetzung der kreisfreien Stadt Magdeburg mit den benachbarten Landkreisen Bördekreis und Landkreis Jerichower Land, zum anderen mit einem konkurrierenden Kreisverband, der sich in seiner Organisationsstruktur auf die Landeshauptstadt beschränkt. Welcher Kreisverband nun nach Recht sowie Satzungslage der NPD zu Recht besteht, muss möglicherweise eine Schiedskommission der Bundespartei entscheiden, die Schiedskommission der Landespartei dürfte derzeit vollständig handlungsunfähig sein.

Im Landesverband streben die selbst ernannten Reformer eine Neuordnung der Organisationsstruktur mit einer Doppelspitze zur Landtagswahl im Jahr 2011 an. Landesvorsitzender der NPD dürfte danach Matthias Heyder werden, der dieses Amt bis zu einer Neuwahl des Vorstandes kraft seines Amtes als einziger stellvertretender Landesvorsitzender im verbliebenen zweiköpfigen Rumpfvorstand ohnehin kommissarisch ausübt. Als Spitzenkandidat für die Landtagswahl scharrt schon jetzt Philipp Valenta in den Startlöchern. Der reiste erst kürzlich in seine rheinländische Heimat, um dort um Mitarbeiter für eine künftige Landtagsfraktion nach der Wahl in zwei Jahren zu werben.

„Liberale Zeitgenossen innerhalb der Partei, setzen ihre anerzogene Ideologie in vollem Umfang um", klagen die radikalen Vorstandsmitglieder in ihrer dreiseitigen Rücktrittserklärung. „Der Neid auf Posten und der Neid auf Geleistetes sind Eckpunkte des liberalen Menschen und dieser liberale Mensch kommt bei den einzelnen Akteuren hier deutlich zum Vorschein."

Interessant, nicht zuletzt für Verfassungsschützer und all diejenigen, die ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD anstreben, dürfte der letzte Satz der Rücktrittserklärung sein. „Ein neuer Landesparteitag, wird die Fronten klären müssen, die zwischen den Grundgesetztreuen liberalen um Matthias Heyder, Michael Schäfer und Matthias Gärtner und den revolutionären Kräften der hier nun Unterzeichnenden entstanden sind." (Alle Zitate in Originalschreibweise).

Eberhard Löblich

Resozialisierung

Die NPD spannt in Brandenburg nun doch Neonazis und Gewalttäter ein.

In Brandenburg versucht sich die NPD im Vorfeld der Kommunalwahl Ende September bürgerlich und harmlos zu geben. Besonders macht sich das bei der Auswahl der Kandidaten bemerkbar: Handwerker, Industriemechaniker, freundliche Sachbearbeiter in Autohäusern, selbst eine Hundesalonbesitzerin oder Sekretärinnen, die auf Dorffesten bei Apfelkuchen-Wettbewerben mitmachen. Sie werben für den Erhalt von Schulen und von Arztpraxen im ländlichen Raum sowie Umweltthemen. Und sie wettern gegen hohe „Kosten für Asylanten" oder die „Verschwendung von Steuergeldern" für Projekte gegen Rechtsextremismus, die besser für in Armut lebende und vor allem deutsche Kinder ausgegeben werden sollten.

Bislang schien es, dass Mitglieder aus der JN, der Kameradschaftsszene oder Vorbestrafte nicht aufgestellt werden – um Kritikern keinen Angriffspunkt zu bieten. So treten die wegen Gewalttaten vorbestraften Spitzen verbotener Kameradschaften – wie Marcell Horlebeck („Sturm 27") als NPD-Chef in Rathenow – in den Hintergrund. Doch nachdem die NPD Anfang August einige Häme über sich ergehen lassen musste, weil sie nur in vier Landkreisen Kandidaten aufstellen konnte, suchte sie eiligst Kandidaten für die Uckermark und Spree-Neiße. In der Lausitz – traditionell wegen der Nähe zu Sachsen eine Hochburg der Neonazi-Szene – setzt die Partei nun auf die Popularität einschlägig Vorbestrafter und ehemaliger Spitzenkader verbotener Organisationen.

Besonders die Aufstellung eines Kandidaten sorgt in Brandenburg für Empörung und Bestürzung: Alexander Bode tritt für den Kreistag Spree-Neiße und für das Stadtparlament jener Stadt an, die 1999 bundesweit zu trauriger Berühmtheit gelangte. Der 29-Jährige ist der Haupttäter der „Hetzjagd von Guben". Damals am 13. Februar 1999 hatte eine Horde Neonazis den algerischen Asylbewerber Omar Ben Noui mit „Ausländer raus"-Gegröle in Guben verfolgt. Auf der Flucht hatte der Algerier die Scheibe einer Haustür eingetreten und sich die Schlagader an der Kniekehle aufgeschnitten. Er verblutete. In einem Aufsehen erregenden Prozess ist Bode wegen versuchter Körperverletzung mit Todesfolge zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.

Bode gehört zum Kern der gewaltbereiten Neonazi-Szene in der Lausitz, hält seit langem Kontakt zur NPD und betreibt die Annäherung der Freien Kräfte an die Partei. Für NPD-Landeschef Klaus Beier ist das alles kein Problem, er selbst wurde unlängst wegen Hausfriedensbruch verurteilt, ein Verfahren wegen Volksverhetzung läuft noch. Bode habe seine Strafe längst verbüßt, seine Kandidatur nannte Beier daher eine Form der Resozialisierung. Experten werten die Aufstellung Bodes als Zeichen an die freien Neonazi-Gruppierungen, auf deren Unterstützung die NPD angewiesen ist.

Beleg dafür ist auch die Kandidatur von Frank Hübner in Cottbus. Der war Bundeschef der Deutschen Alternative (DA), die 1992 wegen ausländerfeindlicher Gewalttaten und offenem Nazismus verboten wurde. In der DDR war Hübner Mitglied einer neonazistischen Wehrsportgruppe. Für zwei Jahre kam Hübner deshalb ins Gefängnis, die Bundesrepublik kaufte ihn schließlich frei. 1993 trat Hübner als Kandidat der rechtsextremen Deutschen Liga für das Bürgermeisteramt in Cottbus an. Schließlich gründete er 1999 gemeinsam mit dem Kühnen-Zögling Thomas Brehl den Kampfbund Deutscher Sozialisten. Hübner hat wegen seiner Aufbauarbeit in der DDR und nach der Wende einen großen Nimbus in der Szene.

In Königs Wusterhausen tritt der NPD-Frontmann Michael Thalheim (37) für den Kreistag in Dahme-Spreewald an. Dort unterhält die Partei enge Verbindungen zu gewaltbereiten Gruppen in Berlin und den Freien Kräften Teltow-Fläming (FKTF), die als „Autonome Nationalisten" organisiert sind und die Parteiaktionen unterstützen. Im Sommer 2007 trat der Ortsverband mit einer Kundgebung für „Sicherheit, Recht und Ordnung" am Bahnhof auf, wo sich die Rechtsextremisten wegen angeblich hoher Kriminalität als Wächter aufspielten. Zugleich stand Thalheim damals vor Gericht. Das Verfahren wurde gegen die Zahlung von Schmerzensgeld eingestellt. Er hatte auf dem Weg zum „Heldengedenken" in Halbe 2006 in Königs Wusterhausen eine 21-jährige Frau getreten und verletzt. Sein Anwalt: Wolfram Nahrath, letzter Bundesführer der 1994 verbotenen Wiking-Jugend.

Alexander Fröhlich

Braunes Netzwerk

Schlag gegen die international agierende Neonazi-Musikszene.

Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main sowie des Bundeskriminalamtes führten die Polizei- und Justizbehörden am 27. August in Dänemark und Finnland einen groß angelegten Einsatz gegen die neonazistische Musik-Vertriebsszene durch. Anlass der Aktion war die Vollstreckung von Haftbefehlen in Dänemark gegen den Deutschen Stephan Günther und den Dänen Flemming Muff Christiansen. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft wirft den beiden Neonazis Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor.

Der gebürtige Ostdeutsche Stephan Günther (Pseudonym: Peter Svendsen) ist Kopf des „Nordischen Hilfswerks". Eigenbekunden zufolge strebt Günther mit dem Einmann-Projekt „Nordisches Hilfswerk", das von ihm im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurde, „den engeren Zusammenschluss der skandinavischen Länder" mit seinem „Heimatland" an. Die Gründung des „Hilfswerks" machte er in den „Nachrichten" der Neonazi-Knastorganisation HNG öffentlich. Günther lebt nach längerem Aufenthalt in Schweden seit Jahren in der dänischen Stadt Kopenhagen. Intensive Verbindungen pflegt er weiterhin nach Schweden. So war er am 7. Juli vergangenen Jahres Redner bei einer Kundgebung der schwedischen „Nationalsozialistischen Front" (NSF) vor der deutschen Botschaft in Stockholm. Lautstark forderten die Neonazis die Freilassung des in Mannheim inhaftierten Holocaust-Leugners Ernst Zündel. Als Redner war Günther auch am 8. Dezember 2007 beim Salem-Marsch, in einem Vorort von Stockholm, zugegen. Kontakte unterhält Günther unter anderem zur „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ). So führte er im Sommer 2006 HDJ-Mitglieder durch das Schloss Kronberg in Helsingborg. Christiansen gilt als führender Kopf der dänischen Sektion des internationalen Neonazi-Netzwerks „Blood&Honour" (B&H).

Den beiden Neonazis wird von der Frankfurter Staatsanwaltschaft vorgeworfen, über einen Zeitraum von mehreren Jahren als Verantwortliche des Musik-Versands „Celtic Moon" illegale Tonträger wie „Geheime Reichssache" der Skin-Band „Kommando Freisler" finanziert, deren Produktion in Auftrag gegeben und sie anschließend vertrieben zu haben. Auf der CD „Geheime Reichssache", die seit Anfang 2004 in der rechtsextremen Szene verbreitet ist, wird offene Mordhetze gegen Juden betrieben. In den Liedtexten, die auf Melodien populärer Schlager oder Volkslieder geschrieben sind, wird unverhohlen der Nationalsozialismus verherrlicht. Das Booklet zeigt Bilder des Präsidenten des NS-Volksgerichtshofes Roland Freisler mit zum „Hitlergruß" ausgestrecktem Arm. Auf der CD sind mehrere Hakenkreuzfahnen und ein B&H-Schriftzug mit eingebundenem Hakenkreuz abgebildet. „Celtic Moon" ist seit August 2001 der Nachfolgevertrieb von „Blood&Honour Scandinavia", der im März 1999 aus dem Skin-Versand „NS 88" des 2001 verstorbenen deutschen Neonazis Marcel Schilf hervorgegangen war. Vervielfältigt wurden die Masterbänder von „Celtic Moon" von einem Neonazi in Australien, der die CDs anschließend im deutlich fünfstelligen Bereich nach Dänemark verschickte.

Kontakte unterhielten die Beschuldigten auch zu dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise. Heise betreibt im thüringischen Fretterode den „WB Versand". Im Rahmen von Ermittlungen führte das BKA am 30. Oktober 2007 auf Heises Anwesen eine Hausdurchsuchung durch.

Unter BKA-Beteiligung fanden am 27. August vergangenen Jahres auch in Finnland Durchsuchungsmaßnahmen bei Verantwortlichen des illegalen CD-Versands „Werwolf-Records" statt. Diese stehen in Kontakt zu den Hintermännern von „Celtic Moon" und sind durch die Neuproduktion der beiden Sampler „Die Deutschen kommen", Teil 1 und 2, in Zusammenarbeit mit Heise, in den Fokus der Ermittlungen geraten. Vertrieben wurden von „Werwolf-Records" auch Hardcore-Titel wie „Das Reich kommt wieder" der als kriminell eingestuften Neonazi-Band „Landser" oder „Komm zu uns!" von „Sturm 18". In mehreren Liedern der CD „Komm zu uns!" wird positiv Bezug auf die SA und die Waffen-SS genommen. Politiker werden als „Verbrecher" und „Lumpenpack" bezeichnet. Weiter wird in dem Lied gegrölt: „Wir räumen hier auf, wir räuchern sie aus, macht der Rattenbande den Garaus". Die Produktion der „Sturm 18"-CD wurde im Jahr 2002 bei einem thailändischen Presswerk in Auftrag gegeben.

Anton Maegerle

„Volk und Vaterland“

Die NPD will das Potenzial der russlanddeutschen „Brüder und Schwestern“ für sich erschließen.

Die NPD versucht in Nordrhein-Westfalen verstärkt, Russlanddeutsche anzusprechen. Markus Pohl, NPD-Landesvize, betonte unlängst, man habe „die Hoffnung, Ansprechpartner [unter ihnen] zu finden, die dann natürlich zwangsläufig dafür sorgen, dass wir eine neue Wählerschicht gewinnen – und vielleicht auch neue Mitglieder“. Im Kreis Düren findet die Kooperation schon statt. Zudem gab es eine Kundgebung von Russlanddeutschen vor dem Düsseldorfer Landtag, unterstützt von der NPD.

„Liebe deutsche Brüder und Schwestern“, sagte Johann Thießen vor einigen Wochen in Bamberg zu den Delegierten des NPD-Parteitags. Der in Hürtgenwald (Kreis Düren) lebende Russlanddeutsche erläuterte: „Die meisten von uns kamen nach Deutschland mit Begeisterung: Endlich als Deutsche mit Deutschen leben! Diese Begeisterung hat jedoch nicht lange angehalten.“ Es finde eine „volksfeindliche Politik“ statt, so Thießen weiter zu den „Kameraden“. Thießen war auch Anmelder der Kundgebung am 23. August in Düsseldorf. Er ist NRW-Ansprechpartner der bundesweit aktiven „Russlanddeutschen Konservativen“ und Vorsitzender der „Schutzgemeinschaft ‚Deutsche Heimat’ der Deutschen aus Russland“. Als Zeichen dient dem Verein ein Wappen in den Reichsfarben mit dem Symbol des „Wodansknoten“, drei ineinander verschlungenen Dreiecken.

Anlass für die geschichtsrevisionistische, anti-„zionistisch-bolschewistische“ Kundgebung war, dass ein Schulbuchverlag die „Lüge“ verbreitet habe, Russlanddeutsche hätten im Zweiten Weltkrieg in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten den Massenmord an den Juden unterstützt. Anwesend war auch der Vorsitzende des „Arbeitskreises der Russlanddeutschen in der NPD“, Andrej Triller aus Hattingen. Er ist Führungskader der „Russlanddeutschen Konservativen“, „Freundeskreis der Russlanddeutschen Konservativen“ genannt.

Triller publiziert die „Volksdeutsche Stimme“, ein Internetportal, in der in deutscher und russischer Sprache auch über die Zusammenarbeit mit der NPD berichtet wird. Triller selbst verbreitet hier auch braune Verschwörungstheorien. Zugleich zeichnet Triller verantwortlich für die Zeitung „Die Russlanddeutschen Konservativen“, die Artikel aus der „Volksdeutschen Stimme“ und aus Neonazi-Kreisen sowie NPD-Verlautbarungen und Anzeigen rechter Verlage abdruckt.

Gerade unter Russlanddeutschen, die sich benachteiligt fühlen und skeptisch der Politik gegenüber stehen, könnten Rechtsextremisten ein leichtes Spiel haben. Sowohl in den Medien jener rechtsextremen Russlanddeutschen, als auch auf der Kundgebung in Düsseldorf wurde wiederholt gegen Migranten gewettert, die keine Deutschen seien. Anatoli Ganzhorn aus Bayern, neben Thießen ebenso Redner auf dem NPD-Parteitag, beschimpfte in Düsseldorf die Bundesregierung als „Multi-Kulti-Schwuchtelregierung“. Und ergänzte, angelehnt an die SA-Losung „Nichts für uns, alles für Deutschland“: „Nichts für uns, alles für das deutsche Volk und Vaterland.“ Thießen sagte, man wolle und werde sich nicht in die „multikulturelle Gesellschaft“ integrieren, denn „wir sind schon deutsch.“ Die Redner appellierten mehrfach an die rund 80 Teilnehmer, NPD zu wählen. NPD-Landeschef Claus Cremer hatte die Lautsprecheranlage und Teile der Ordner gestellt. In seiner Rede überbrachte Cremer den „russlanddeutschen Volksgenossen [...] beste Grüße und Wünsche der NPD“.

Bislang schloss der als extrem konservativ geltende Dürener Kreisverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) mehrere Personen aus, die dem Thießen-Kreis angehören. Bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sind Thießen und Triller indes laut WDR-Recherchen weiter Mitglieder.

In Nordrhein-Westfalen sollen der NPD bislang rund 30 Russlanddeutsche beigetreten sein. Um die Deutschrussen anzusprechen, will die NPD bei der kommenden Landtagswahl einen ihrer Vertreter auf ihrer Landesliste platzieren. Ähnliches plant auch die NPD im Raum Düren. Im Februar 2008 hatte Thießen an einem NPD-Aufmarsch in Düren teilgenommen. Teile der NPD-Spitze um Kreischef Ingo Haller besuchten im Juni ein Treffen der Thießen-Gruppe. Bei den Kommunalwahlen 2009 will die NPD-Düren auch Russlanddeutsche zur Wahl aufstellen.

Michael Klarmann

Seitenblick

Warmer Geldregen

In Nordrhein-Westfalen werden die extrem rechten kommunalen Volksvertreter finanziell üppig ausgestattet.

Mandate in Kommunalparlamenten verschaffen extrem rechten Parteien nicht nur eine Bühne für ihre Propaganda. Sie sorgen zudem dafür, dass es direkt oder indirekt auch kräftiger in ihren Kassen klingelt. Beispiel Nordrhein-Westfalen: In knapp 30 Kommunalparlamenten haben dort Vertreter von NPD, DVU, Republikanern, „pro Köln“ und der rechten Kleinstpartei „Ab jetzt – Bündnis für Deutschland“ seit 2004 Mandate inne. Einer Recherche der „Westfälischen Rundschau” zufolge können sie in diesem Jahr dafür rund 800 000 Euro für sich beanspruchen.

Mehr als 310 000 Euro müssen die Städte und Kreise allein für Aufwandsentschädigungen ihrer Rechtsausleger aufbringen. Hinzu kommen manchenorts weitere Sitzungsgelder. Die betroffenen Kommunen rechnen dem WR-Bericht zufolge damit, dass sie 2008 für die Fraktions- und Gruppenarbeit extrem rechter Parteien weitere knapp 480 000 Euro ausgeben müssen. Obendrauf gibt’s in einigen Kreisen und Städten noch Büros oder Sachmittel. Die Ausgaben lägen noch höher, wenn nicht die Neigung zur internen Zerstrittenheit ausgeprägt wäre: In fünf der 16 Parlamente, in die 2004 Republikaner einzogen, verließen REP-Mandatsträger in der Zwischenzeit ihre Partei.

Verglichen mit 2006 müssen die Kreise und Städte in diesem Jahr etwa eine Viertelmillion Euro mehr für „ihre“ Rechtsextremisten aufbringen. Während beispielsweise in Sachsen oder Sachsen-Anhalt überlegt wird, die Mindestgrößen von Fraktionen heraufzusetzen (und damit den Aktionsradius vor allem der NPD einzuschränken), war NRW im vorigen Jahr den umgekehrten Weg gegangen. Vor allem auf Druck der FDP wurde ein Passus in der Gemeindeordnung untergebracht, der kleinen Parteien die Bildung von Fraktionen erleichtert und außerdem Einzelabgeordnete und Gruppen finanziell besserstellt. Unerwünschter Nebeneffekt: Auch die Rechten kassieren ab.

Von der Änderung profitiert unter anderem die DVU mit ihren drei Stadträten in Dortmund, die neben den Aufwandsentschädigungen von mehr als 30 000 Euro in diesem Jahr erstmals eine Fraktionsförderung von 41 000 Euro beanspruchen können. Um gleich 60 000 Euro legen die beiden Republikaner-Stadträte in Essen, verglichen mit 2006, zu. Wuppertal plante für seine beiden REP-Stadträte gar 100 000 Euro ein – wobei noch in diesem Jahr Einsparungen bei der Ratsfinanzierung vorgesehen sind und die REP selbst erklärten, diese Summe nicht in vollem Umfang in Anspruch nehmen zu wollen. Im Märkischen Kreis, wo sich Anfang des Jahres ein NPD-Vertreter mit einem für die Republikaner gewählten Parlamentarier zusammentat, kann diese neue Kreistagsgruppe jährlich exakt 24 512 Euro für sich beanspruchen, davon allein 21 200 Euro für Personal. Als Geschäftsführer wurde der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Stephan Haase engagiert. Am kräftigsten sahnt die „Bürgerbewegung pro Köln“ ab: Die Rechtspopulisten kassieren in diesem Jahr mehr als 170 000 Euro: 80 000 Euro für Aufwandsentschädigungen und fast 94 000 Euro für die Fraktionsarbeit. Ein Büro mit Ausstattung sowie einen Zuschuss für Porto- und Telefonkosten gibt’s zusätzlich.

Gut möglich, dass die kommunale Finanzierung von Rechtsextremisten in NRW im nächsten Jahr noch üppiger ausfällt: In einigen Kreisen und Städten haben NPD und REP noch gar keine Förderung beantragt. Anderswo wurde über die Anträge noch nicht entschieden. Und schließlich könnten hier und da letztlich die Gerichte entscheiden. Die NPD in Witten etwa, die für die Fraktionsarbeit jährlich 6000 Euro bekommen sollte, zog vors Verwaltungsgericht: Sie will weitere 20 000 Euro für einen Fraktionsmitarbeiter.

Zwar sind die 800 000 Euro, die die rechtsextremen Mandatsträger beanspruchen können, nicht zu vergleichen mit der üppigen Ausstattung der Landtagsfraktionen von NPD und DVU. Aus Sicht der in Nordrhein-Westfalen ziemlich mitglieder- und finanzschwachen rechten Parteien stellen sie aber einen beachtlichen Faktor dar. Ausweislich der zuletzt veröffentlichten Rechenschaftsberichte für 2006 beispielsweise hatten NPD und REP in NRW gerade einmal Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und staatlicher Parteienförderung von jeweils knapp 140 000 Euro pro Jahr zu verzeichnen.

Tomas Sager

Zunehmend Brutalisierung

Die Spirale rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt dreht sich weiter.

Für Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) muss der August 2008 ein besonders schwarzer Monat gewesen sein. Denn die Bilanz rechtsextremer Gewalttaten nahm allein in diesem Monat geradezu erschreckende Züge an. Zwei Todesopfer neonazistischer Gewalt mussten die Behörden im August in Magdeburg und Bernburg verbuchen, hinzu kam eine unerwartet starke Eskalation rechtsextremer Gewalt gegen Polizeikräfte. Allein der August dürfte Hövelmann zum Jahresende die Bilanz rechtsextremer Straf- und Gewalttaten gehörig verhageln. Eine Halbjahresbilanz legte das Innenministerium gar nicht erst vor.

Dennoch gibt es eine solche Halbjahresbilanz 2008, vorgelegt von der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten Dessau. Die beiden Initiativen zählten von Januar bis Juni 73 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit 108 direkt Betroffenen. Dabei handelt es es sich in den allermeisten Fällen um Körperverletzungdelikte. Die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten mit 20 ist auf knapp ein Drittel aller bislang bekannt gewordenen Fälle im ersten Halbjahr 2008 angestiegen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte die Zahl rassistisch motivierter Gewaltdelikte noch etwa 20 Prozent aller politisch rechts motivierten Gewalttaten ausgemacht, teilte die Mobile Opferberatung mit. Die größte Opfergruppe rechtsextremer Gewalt seien jedoch nach wie vor nicht-rechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene. Statistisch gesehen wird damit nach wie vor alle zwei bis drei Tage in Sachsen-Anhalt eine rechtsextreme oder rassistisch motivierte Gewalttat bekannt.

Damit ist auch für das erste Halbjahr kein Rückgang von politisch rechts motivierten Gewalttaten in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Nach Angaben der Mobilen Opferberatung sind diese Zahlen aber noch mit Vorsicht zu genießen. Denn erfahrungsgemäß müsse von einem erheblichen Dunkelfeld ausgegangen werden, weil Opfer rechter Gewalt sich aus Angst vor der Rache der Täter weder bei der Polizei noch bei Beratungsprojekten melden. Zudem sei davon auszugehen, dass es in den kommenden Wochen und Monaten noch zu einer erheblichen Zahl von Nachmeldungen kommen werde. So hatte die Mobile Opferberatung für das erste Halbjahr 2007 zunächst 72 rechtsextrem oder rassistisch motivierte Gewalttaten gemeldet. Durch Nachmeldungen erhöhte sich diese Zahl später auf 103. Gleiches gilt für die Gesamtbilanz des Jahres 2007.

„Absolute Menschenverachtung“

Hier zeigen sich auch erhebliche Unterschiede in der Bilanz der Mobilen Opferberatung und der Zählung des Magdeburger Innenministeriums. Während die Mobile Beratungsstelle für das Gesamtjahr 2007 insgesamt 182 Fälle rechtsextremer oder rassistisch motivierter Gewalt registrierte, hat das Innenministerium für 2007 bislang insgesamt 99 Fälle politisch rechts motivierter Gewalt bekannt gegeben. Die Unterschiede begründen sich in einer unterschiedlichen Zählweise. Während die Mobile Opferberatung Fälle von Nötigung und Beleidigung in ihre Zählung politisch rechts motivierter Gewalttaten aufnimmt, auf die Berücksichtigung von Vorfällen rechter Gewalt gegen Polizeibeamte im Dienst in ihrer Statistik hingegen verzichtet, berücksichtigen Polizeibehörden und Innenministerium in ihrer Registierung rechtsextremer Gewalttaten ausschließlich Vorkommnisse von explizit körperlicher Gewalt auch gegen Polizeibeamte.

Die regionalen Schwerpunkte rechter Gewalt sieht die Mobile Opferberatung nach wie vor im Landkreis Harz sowie in den Städten Dessau-Roßlau und der Landeshauptstadt Magdeburg.

Bei den Gewalttaten mit rassistischer Motivation ist nach Ansicht der Mobilen Opferberatung die „absolute Menschenverachtung mancher Angreifer“ besorgniserregend: Wie schon im Vorjahreszeitraum bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Sangerhausen nahmen die Täter bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft polnischer Erntehelfer in Lodersleben (Saalekreis) im April 2008 in Kauf, dass die Betroffenen möglicherweise an den Folgen des Anschlags sterben oder zumindest erhebliche Verletzungen erleiden könnten. Nur glücklichen Umständen sei es zu verdanken, dass es in beiden Fällen keine Toten oder Verletzten gegeben habe.

Eberhard Löblich

Sekten

Gehirnwäsche

Prominente Ex-Scientologen packen aus.

Führungsmitglieder der Scientology-„Kirche“ aus den USA, die ausgestiegen sind, berichteten in Hamburg von ihren persönlichen Erfahrungen, den totalitären Strukturen, rücksichtslosen Methoden und dem Niedergang der Organisation.

Die 1954 von dem Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard gegründete Scientology Organisation (SO) reagiert bekanntermaßen aggressiv auf ihre Kritiker. So versuchten die Scientologen, sich vor Gericht einen Podiumsplatz für die Veranstaltung „Das ist Scientology! Berichte aus den USA“ einzuklagen, zu der die Arbeitsgruppe Scientology der Hamburger Innenbehörde geladen hatte. Vergeblich.

Und so kamen namhafte SO-Aussteiger ungestört zu Wort, die Arbeitsgruppenleiterin Ursula Caberta aus den Staaten hatte einfliegen lassen. Um das Gesamtsystem der Organisation, die keine Glaubensgemeinschaft, sondern eine extremistische, verfassungsfeindliche Vereinigung sei, verstehen zu können, betonte Caberta, müsse das SO-Machtzentrum in den USA durchleuchtet werden. Dafür sorgten der Hollywood-Schauspieler Jason Beghe, der ehemalige SO-„Geheimdienstler“ Larry Brennan und das Ex-Mitglied der internationalen SO-Führungsriege Marc Headley.

Zudem nahm der Rechtsanwalt Graham Berry aus Los Angeles teil, der SO-Opfer vertritt – darunter auch Mitglieder der Gruppe Anonymous, die Anfang des Jahres eine Kampagne mit medienwirksamen Aktionen gegen Scientology gestartet hat: „Für viele Menschen ist Anonymous eine rettende Kavallerie, die plötzlich über den Hügel angeritten kommt“, berichtete Berry. Sie sei eine große Hilfe für Aussteigewillige, die sich meist fühlen, als seien sie „in ein schwarzes Loch eingesaugt“ worden. Ein zusätzliches Problem: „Abtrünnige werden erpresst, als Terroristen denunziert und mit Klagen überzogen.“ Dabei sei es für die Organisation weniger wichtig, die Gerichtsverfahren zu gewinnen, als ihre Gegner zu diffamieren, zu schikanieren und finanziell wie psychisch zu ruinieren, ergänzte Larry Brennan, der den Scientologen den Rücken kehrte, nachdem sie ihm eine Kontaktsperre zu seiner Tochter auferlegt hatten.

Berry stuft die Organisation weiterhin als „sehr gefährlich“ ein. „Scientology stellt sich gern als machtvoll dar. Das ist sie aber nicht“, teilte Jason Beghe Berrys Einschätzung nur bedingt. „Zumindest in Hollywood hat Scientology nur noch sehr wenige Anhänger.“ Außerdem wollten viele Mitglieder aussteigen, so Beghe. Der Schauspieler, der rund 800 000 Dollar für SO-Psychoprogramme investiert hat, die ihm nach eigenen Angaben nichts gebracht haben, war von 1994 bis 2006 Mitglied: „Die unglücklichsten Jahre meines Lebens – Scientology hat mich einer Gehirnwäsche unterzogen, ich war nicht mehr ich selbst.“

Aussteiger Marc Headley erging es nicht anders: „Ich habe 100 Stunden pro Woche gearbeitet, für 36 Cent pro Stunde. Dabei hatte ich zu niemandem Kontakt, der kein Scientologe war“, schilderte der ehemalige Vertraute von SO-Führer David Miscavige und Produzent bei Golden Era Productions – einem Unternehmen, das Filme, Audio-CDs und anderes Propagandamaterial für Scientology herstellt – seine soziale Isolation. Headley hatte die Organisation nach 15 Jahren verlassen, weil Miscavige ihm bei Meinungsverschiedenheiten immer wieder ins Gesicht geschlagen hatte. „Die Organisation funktioniert streng hierarchisch, kein Mitglied darf autonom handeln“, beschrieb Headley das totalitäre System von SO. „Weltweit geschieht absolut nichts, was nicht vom Scientology-Hauptquartier in den USA abgesegnet wird.“

Headley kann Angaben über den Verbleib der Hamburger SO-Topmanagerin Wiebke Hansen machen: Die 60-Jährige war 1995 spurlos verschwunden. Sie habe sich – nachdem Miscavige ihr die Manipulation betriebswirtschaftlicher Daten nachgewiesen hatte – zunächst einige Jahre in dem Straflager für SO-Führungskräfte „Happy Valley“ in der Nähe von Los Angeles aufgehalten, weiß Headley. „Heute malt sie Kulissen für Filmproduktionen von Golden Era Productions.“

Über Superstar Tom Cruise, der als zweiter Mann hinter David Miscavige gehandelt wird, können die prominenten Ex-Scientologen nur spekulieren: „Tom Cruise wird total abgeschottet“, sagt Marc Headley. „Ich glaube, er weiß sehr wenig von den Vorgängen in der Organisation.“

Volker Stahl

Rezension

„Anwälte des Volkes"

Eine „Bürgerbewegung" als neue rechtspopulistische Partei – das Modell „pro"-Köln soll bundesweit exportiert werden.

Das lateinische Wörtchen „pro" ist positiv besetzt, wird es doch zumeist in dem Sinn verwendet, dass sich Menschen aktiv „für" etwas einsetzen. So wie sich beispielsweise „Pro Familia" für Familien stark macht. Doch mittlerweile setzen auch Organisationen aus dem extrem rechten Spektrum auf die Wirkung des „pro". Vor allem in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Berlin-Brandenburg und München gibt es Ableger der so genannten „pro"-Bewegung. Der gerade erschienene Sammelband „Rechtspopulismus als 'Bürgerbewegung'" trägt nun Wissenswertes zu Vorgeschichte, Strukturen und Verbindungen dieser Organisationen zusammen.

Auch die von dem ehemaligen Hamburger Amtsrichter Ronald Schill 2000 gegründete rechtspopulistische Partei nannte sich zunächst PRO – „Partei Rechtsstaatliche Offensive", und ebenso im rechtslastigen Parteienspektrum trat die Partei „Pro Deutsche Mitte – Initiative PRO-DM" von Bolko Hoffmann an. Die in den letzten Jahren gegründeten „pro"-Gruppierungen verstehen sich selbst, so heißt es im Einleitungstext des Buches, als rechtspopulistisch und wollen als „Anti-Islam-Partei" von rechts angesehen werden.

„Pro"-Köln, dem sich die Autoren Hans-Peter Killguss, Jürgen Peters und Alexander Häusler intensiv zuwenden, hat dabei seinen Ursprung im rechtsextremen Bereich; die vermeintliche Bürgerbewegung sei eine Parallelstruktur der Republikaner-Abspaltung Deutsche Liga für Volk und Heimat. Die nachfolgenden Gründungen von „pro"-NRW und „pro"- Deutschland verfolgten offenkundig die Absicht, eine neue rechtsextreme Partei „im Gewand einer Bürgerbewegung landes- und bundesweit zu exportieren".

„Pro"-Köln hat sich bereits in der Vergangenheit auf Themen konzentriert, mit denen sich Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren lassen. Wurde vor einigen Jahren vor allem gegen Sinti und Roma oder gegen Asylbewerber gehetzt, so konzentriert sich die aktuelle Agitation auf den Islam sowie auf den geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld. Seit den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2004 ist „pro" Köln mit zunächst vier, durch Übertritt inzwischen fünf Mandaten im Stadtrat vertreten.

Im Februar 2007 initiierte „pro"-Köln (Bürgerbewegung pro Köln) die Gründung des Vereins „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V." („pro"-NRW). Mit diesem Verein, so schreiben Jürgen Peters, Tomas Sager und Alexander Häusler, solle nicht nur das Modell „pro"-Köln auf weitere Städte in NRW übertragen werden, sondern sei auch die Voraussetzung geschaffen worden, dass die rechtspopulistische Partei bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 2010 antreten könne. Zuvor will sich die „Bürgerbewegung" bei den NRW-Kommunalwahlen 2009 profilieren.

Bei allen Versuchen, sich „bürgernah" zu präsentieren können die diversen „pro"-Ableger ihre eigentliche Herkunft ebenso wenig verleugnen wie die intensiven personellen und organisatorischen Verbindungen ins rechtsextreme Lager. Alexander Häusler bewertet die Unterschiede als marginal, allerdings stellt er auch klar: „Rechtspopulistische Strömungen ordnen sich im Unterschied zu offen nationalrevolutionär auftretenden Parteien der extremen Rechten wie etwa der NPD selbst dem rechtskonservativen Spektrum zu und inszenieren sich mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als 'Anwälte des Volkes'."

Neben Entstehung und Einbettung der „pro"-Bewegung in den Kontext anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa enthält das 292 Seiten starke Buch außerdem Beiträge, die sich mit politischen Auseinandersetzungen rund um den Islam und Moscheebauprojekte in Deutschland befassen. Dabei wird die zwiespältige Rolle vieler Medien und Intellektueller gegenüber dieser Religion deutlich. Einen anderen Akzent setzt hier der Beitrag „Islam und Urbanität – Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft" des Sozialwissenschaftlers Rauf Ceylan.

Gudrun Giese

Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 392 Seiten, 24,90 Euro

Blick in die Zeitgeschichte

Expansionslüstern

Mit dem „Münchener Abkommen" vor 70 Jahren wollten europäische Großmächte Hitler entgegenkommen, um den Krieg noch zu verhindern.

Während sich die deutsche Regierung in den ersten Jahren nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zunächst der Innenpolitik widmete, begann 1936 mit dem Einmarsch ins Rheinland die Außenpolitik in den Vordergrund zu rücken. Der nächste große Schritt galt Österreich, Hitlers Heimat, wie er immer wieder betonte. Am 12. Februar 1938 hatte Hitler auf seinem Landsitz Berchtesgaden Österreichs Bundeskanzler Kurt Schuschnigg empfangen und ihn unter Druck gesetzt, die Nationalsozialistische Partei an der Regierung in Wien zu beteiligen. Schuschnigg wollte anfangs nicht, gab aber Hitlers Drohung nach, er werde anderenfalls Österreich besetzen. Sein Nachfolger wurde der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart. Trotzdem überschritt am 12. März 1938 die deutsche Wehrmacht die Grenze zum Nachbarstaat. Es gab keine Kämpfe. Am selben Abend war die ganze Alpenrepublik besetzt. Hitler hatte seine Heimat „heim ins Reich" geholt. Eine große Mehrheit der Österreicher jubelte, die Truppen waren begeistert empfangen worden. Die österreichische Regierung brachte am 13. März das „Gesetz über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich" im Parlament ein. Seyß-Inquart wurde von der Regierung in Berlin zum „Reichsstatthalter" ernannt. Am 10. April 1938 votierte das österreichische Volk in einer „Volksabstimmung" mit mehr als 99 Prozent für den „Anschluss".

Hitlers nächstes außenpolitisches Ziel war das „Sudetenland", also der Teil der CSR mit einem großen deutschen Bevölkerungsanteil. Konrad Henlein ist der Chef der NSDAP in der CSR. Seine Provokationen stoßen in der übrigen Bevölkerung auf Widerstand, während sich Henlein auf die Unterstützung aus Berlin verlassen kann. Vom 3. bis zum 8. Mai 1938 macht Adolf Hitler einen Staatsbesuch in Italien. Er will sich mit Benito Mussolini über die Besetzung des Sudetenlandes abstimmen. Der „Duce" ist einverstanden. Zurück in Berlin weist Hitler die Wehrmachtsführung an, die „Zerschlagung" der CSR vorzubereiten. Am 28. August begibt sich Hitler auf Inspektionsreise in den Westen des Reiches mit dem Schwerpunkt Westwall. Die Öffentlichkeit soll sehen: Deutschland ist kriegsbereit. Henlein fordert die Regierung in Prag auf, das Sudetenland ans Reich abzutreten. Er schürt damit das innenpolitische Feuer. Die CSR hat inzwischen mobil gemacht. Viele Anzeichen deuten auf Krieg.

Seit dem Sommer 1938 beraten hohe deutsche Offiziere um Generaloberst Ludwig Beck über Möglichkeiten, den Krieg zu verhindern. Sie beschließen, Hitler am 28. September zu verhaften. Aber auch andere europäische Großmächte wollen den Frieden erhalten. Sie sind bereit, Hitler weit entgegenzukommen. Man einigt sich, während einer internationalen Konferenz eine Lösung zu suchen. Sie soll am 29. September 1938 in München beginnen. Beck und seine Mitstreiter können nicht am 28. September festhalten. Sie verschieben die Verhaftung Hitlers. Es scheint doch noch einen Ausweg zu geben. Der deutsche Historiker und Publizist Joachim C. Fest hat Vorbereitung, Verlauf und Folgen der Münchener Konferenz in seiner Biographie „Hitler" bis ins Detail geschildert. Hitler hatte gedroht, die Wehrmacht werde am 1. Oktober ins Sudetenland einmarschieren, wenn nicht vorher eine Entscheidung im deutschen Sinn falle. Berlin, Rom, Paris und London beschließen, nach München zu kommen. Konferenzort soll das neu errichtete „Führerhaus" am Königsplatz sein. Hitler ist seinem Vertrauten Mussolini bis Kufstein entgegengefahren. Das Abkommen über die Zukunft des Sudetenlandes haben deutsche Diplomaten längst formuliert. Nun wollen die beiden Diktatoren letzte Einzelheiten klären.

Ob Hitler entschlossen war, die Konferenz platzen zu lassen, um zuerst gegen die CSR und dann gegen Frankreich Krieg zu führen, ist umstritten, für den weiteren Verlauf aber ohne Bedeutung. Laut Joachim Fest lehnte Hitler die Forderung, Vertreter der Tschechoslowakei hinzuzuziehen, gleich zu Beginn kategorisch ab. Weit nach Mitternacht wird das Abkommen unterzeichnet. Prag muss zwar das Sudetenland an Deutschland abtreten, aber Hitler ist trotzdem unzufrieden. Seine weiteren Pläne muss er nämlich auf die lange Bank schieben: den Krieg gegen die CSR und wenig später gegen Frankreich. Alles war nur aufgeschoben, der Krieg kam trotzdem – am 1. September 1939.

Heiner Lichtenstein

„In Arsen getauchter Pinsel“

Bilder gegen Nationalsozialismus und Terror: Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigt Arthur Szyk.

Diese Ausstellung ist ein Ereignis. Denn sie stellt erstmals in Deutschland, dem Land, das zu seinem Lebensthema wurde, einen bildgewaltigen politischen Künstler vor, der hier völlig unbekannt ist, jedoch in den USA während des Zweiten Weltkrieges ein einflussreicher und wirkungsmächtiger Zeichner und Karikaturist war, dessen Werk von den führenden Zeitungen und Magazinen millionenfach verbreitet wurde.

Arthur Szyk (1894 –1951), in Lodz im damaligen Russischpolen geboren und in den zwanziger und dreißiger Jahren in Paris lebend, verstand sich als polnischer Patriot, zionistisch geprägter gläubiger Jude und politischer Künstler. Er begann als Illustrator bibliophiler Bücher, vielfach mit jüdischen Themen und Szenen, die er – geschult an mittelalterlicher Buchmalerei wie an der Grafik Dürers und seiner Zeitgenossen – in altmeisterlicher Manier, mit unglaublicher Akkuratesse und Detailgenauigkeit, ja Detailversessenheit, ausmalte.

Doch NS-Deutschland und die wachsende Diskriminierung und Verfolgung der Juden wurde für ihn früh zu einem Thema, auf das er dann, 1940 von London nach New York übergesiedelt, während des Krieges seine ganze künstlerische Kraft verwandte. „Nein, ich bin kein Künstler. Ich bin Soldat. Meine Arbeiten sind mir nur Mittel zum Zweck. Mein Zweck ist Kampf. Mein Kampf gilt nicht nur Hitler, sondern einem Deutschland, das ihn ermöglichte. Rache ist meine Aufgabe. Ich will, dass unsere Toten gesühnt werden.“

Dieses Bekenntnis in der deutschsprachigen jüdischen Zeitung „Aufbau“ vom 13. März 1943, im gleichen Jahr wird Arthur Szyks Mutter aus dem Ghetto Lodz in das Vernichtungslager Chelmno transportiert, formuliert auch ein Programm, das die Ausstellung in einer umfassenden und charakteristischen Auswahl vorstellt. 1000 Blätter sind überliefert, 352 Exponate werden gezeigt. Auf das biographisch-künstlerische Einleitungskapitel folgen drei Hauptabschnitte: Die Entlarvung des politischen Führungspersonals der Achsenmächte, an dem Szyk sich immer wieder abarbeitet (vor allem Hitler, den er schon 1935 als Wolf im Schafspelz zeigt, außerdem Himmler, Göring und Goebbels, Mussolini und der japanischen Kaiser Hirohito, dazu Pétain, Franco und andere Verbündete), die Kommentierung des Kriegsverlaufs und schließlich die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden.

In einem Epilog werden die politischen Themen vorgestellt, die Szyk in seinen letzten Lebensjahre beschäftigt haben: die jüdische Einwanderung nach Palästina mit der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 sowie die USA, für ihn das Wirklichkeit gewordene Ideal einer toleranten, freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, deren Schattenseiten er gleichwohl kritisiert. 1951 wird Arthur Syk im Gefolge der Untersuchungen von Mc Carthy „unamerikanischer“ Umtriebe und der Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen verdächtigt, Vorwürfen, denen er widerspricht. Wenige Monate später, am 13. September, stirbt er an einem Herzanfall.

Zeitgenossen haben ihn mit Goya, Hogarth und Daumier verglichen. Die Intensität der Auseinandersetzung mit den Geschehnissen, die grimmige und hellsichtige Bloßstellung und Entlarvung der politischen Führungsfiguren des NS-Regimes und seiner Anhänger „mit einem in Arsen getauchten Pinsel“ und „einer Feder, die die kräftigen Striche des Zornes zu formen weiß“, so formuliert treffend eine Zeitschrift im Jahre 1942, legen diesen Vergleich durchaus nahe. Die Farbigkeit, der Detailreichtum und die Präzision, die vielen oft in winziger Schrift eingestreuten Parolen, Texte und Zeichen aus dem Fundus der NS-Zeit, zwingen den Betrachter förmlich zum genauen Entziffern dieser Bildwelt und ihrer zahlreichen Botschaften. Ermöglicht und erleichtert wird dies durch den großformatigen und vorzüglich gedruckten, deutsch-englischen Katalog, der gründlich über den zeitgeschichtlichen Kontext informiert.

Theo Meier-Ewert

Arthur Szyk, Bilder gegen Nationalsozialismus und Terror, hrsg. von Katja Widmann und Johannes Zechner, 341 Seiten, 217 Abbildungen, 28 Euro.

Die Ausstellung wird bis 4. Januar 2009 im Deutschen Historischen Museum in Berlin(www.dhm.de) und vom 18. Januar bis 13. April 2009 im Wilhelm-Busch-Museum Hannover gezeigt.

Meldungen

Braune Demagogen

Hannover – Neonazis haben für den 1. Mai 2009 eine Demonstration in Hannover angemeldet. „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur - Nationaler Sozialismus jetzt!“ soll das Motto sein. Als Veranstalter werden auf einer eigens zur Demonstration eingerichteten Homepage „Nationale Sozialisten aus Norddeutschland“ genannt. Anmelder ist einem NDR-Bericht zufolge Dennis Bührig, „Kopf“ der Celler Neonazi-Kameradschaft „Sturm 73“ und Landtagskandidat der NPD. Als Unterstützer nennen die Veranstalter bisher neben niedersächsischen Neonazikameradschaften auch das Aktionsbüro Norddeutschland sowie Christian Worch. Hannovers DGB-Regionsvorsitzender Sebastian Wertmüller sprach von einer „dreisten Provokation“. Die Demonstration der Neonazis soll nach deren Willen auch über den Klagesmarkt führen, wo der DGB traditionell seine Mai-Kundgebung veranstaltet. (ts)

„Ausländerrückführung“

Bochum – Unter dem Motto „Deutsche wehrt Euch – Gegen Überfremdung, Islamismus und Ausländerkriminalität“ ruft der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen zur Demonstration am 25. Oktober in der Ruhrgebietsstadt Bochum auf. In dem Aufruf attackiert die NPD die „etablierten Politversager“ und fordert eine „Ausländerrückführung“. „Offenkundig“, so wird verkündet, „wird in Deutschland ein heftiger, von den Medien unterstützter Rassismus genährt“. Abschließend heißt es in dem Demonstrationsaufruf: „Lasst uns gemeinsam zeigen, dass deutsche Menschen nicht länger gewillt sind, die Zustände in unserem Land schweigend hinzunehmen“. (am).

„Soziale Heimatpartei“

Österreich (Wien) – Der extrem rechten FPÖ unter Führung von Heinz-Christian Strache werden bei den österreichischen Nationalratswahlen am 28. September bis zu 20 Prozent vorhergesagt. Um dieses Ergebnis zu erzielen, führt die FPÖ einen äußerst aggressiven Wahlkampf, der dunkle Ängste und Hass auf Ausländer beschwört. In unzähligen Werbeplakaten und Zeitungsanzeigen werden „Heimattreue“ beschworen und die Schreckensvision einer „Überfremdung“ an die Wand gemalt. „Asylbetrug heißt Heimatflug“ lautet es. Auf der FPÖ-Homepage wird ergänzend gefordert: „Asylantenheime aus den Wohngebieten“. Plädiert wird für getrennte Versicherungssysteme für Österreicher und Ausländer, die mehr Abgaben für gleiche Ansprüche zahlen sollen: „Schaffung einer eigenen Sozialversicherung für Ausländer, die von diesen zu finanzieren ist“, nennt sich das. Auf die kleinen Leute gemünzt sind Slogans wie „Sie sind gegen IHN. Weil ER für EUCH ist“ oder „Soziale Sicherheit für unsere Leut’!“. Daneben wettert die selbst ernannte „soziale Heimatpartei“ mit Hasstiraden wie „Volksvertreter statt EU-Verräter“ oder „Heimat statt Schüssel & Brüssel“ gegen den europäischen Einigungsprozess. Zahlungen an Brüssel sollen reduziert werden, der EU-Beitritt der Türkei wird kategorisch abgelehnt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de